Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/2636

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die Sitzungen des Deutschen Bundestages am Montag, dem 11. März 1968, am Mittwoch, dem 13. März 1968, am Donnerstag, dem 14. März 1968

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**

   Aus welchen Ländern Osteuropas sind, deutschen Aufforderungen folgend, bisher der zentralen Erfassungsstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg brauchbare Materialien zugeleitet worden?

2. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**

   Ist nach den bisher gemachten Erfahrungen damit zu rechnen, das weitere Materialien übergeben oder zurückgehalten werden?

3. Abgeordneter **Dichgans**

   Wie haben sich die Verurteilungen wegen passiver Beamtenbestechung (§§ 331 und 332 StGB) seit 1961 entwickelt?

   Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

4. Abgeordneter **Cramer**

   Sieht das Bundesgesundheitsministerium eine Möglichkeit, gegen den Vertrieb gesundheitsgefährdender, ozonerzeugender Klimageräte vorzugehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

5. Abgeordneter **Kaffka**

   Billigt die Bundesregierung die Entscheidung des Generals Dr. Wulff von der Heeresoffiziersschule II zu Hamburg, der auf Anforderung von Prof. Thielicke mit 50 Fähnrichen und Offizieren in einen Gottesdienst zog, um dort eine evtl. zu erwartende Aktion von Studenten zu verhindern?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

6. Abgeordneter **Jung**	Ist die Bundesregierung bereit, zur Verhinderung weiterer schwerer Unfälle einen Gehweg zwischen der Franken-Tauber-Kaserne und der Stadt Lauda baldigst anzulegen?
7. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**	Wird die Bundesregierung den Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen über die Wirkung der Verwendung von Atomwaffen, ihre Sicherheits- und Wirtschaftswirkungen und die voraussichtliche Weiterentwicklung dieser Waffen vom 23. Oktober 1967 im wesentlichen Inhalt der deutschen Öffentlichkeit bekanntmachen?
8. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**	Wird die Bundesregierung Folgerungen aus dem in Frage 7 genannten Bericht ziehen, insbesondere aus der Feststellung, daß Atomkrieg, auch nur mit taktischen oder sauberen Atomwaffen, weitestgehende Zerstörung in Europa bedeuten würde, also für die Bundesrepublik Deutschland keine Verteidigung sondern Vernichtung zur Folge hätte?
9. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**	Wie beurteilt die Bundesregierung demnach ihre eigene Verteidigungsplanung: zuerst „direkte" konventionelle Verteidigung, dann einzelne Atomschläge unter Schonung der Bevölkerung — was nach dem UNO-Bericht unmöglich ist — und schließlich großer Atomkrieg?
10. Abgeordneter **Dr. Häfele**	Wie viele Wehrpflichtige, insbesondere Studenten, halten sich in Berlin auf, ohne die Wehrpflicht abgeleistet zu haben?
11. Abgeordneter **Dr. Häfele**	Welche Vorkehrungen sind getroffen, daß sich Wehrpflichtige nicht durch einen Wechsel nach Berlin der Wehrpflicht entziehen können?
12. Abgeordneter **Blachstein**	Hat die Bundesregierung, wie Zeitungen berichtet haben, sieben ausgediente Torpedoboote an die griechische Regierung geliefert?
13. Abgeordneter **Blachstein**	Ist der Bundesregierung bekannt, ob private deutsche Firmen Torpedoboote an die griechische Regierung geliefert haben?
14. Abgeordneter **Fritz (Wiesbaden)**	Ist die Bundesregierung bereit, den Schallmauerdurchbrüchen in der Nähe von Ballungsgebieten und Kur- bzw. Erholungszentren dadurch entgegenzuwirken, daß in ihrem Bereich ein generelles Flugverbot für die diesbezüglichen Maschinen erlassen wird, nachdem offensichtlich alle anderen Anweisungen zu keinem Erfolg führten und beispielsweise in Wiesbaden in den letzten Tagen die bisherigen Belästigungen der Bevölkerung in einem zuvor nicht gekannten und nicht mehr zumutbaren Ausmaß überschritten worden sind?

15. Abgeordneter **Fritz (Wiesbaden)**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung darüber hinaus einzuleiten, um deutschen Staatsbürgern infolge von Schallmauerdurchbrüchen entstandene Schäden zu ersetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

16. Abgeordneter **Dr. Hammans**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Neufassung des § 25 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes vom 21. Dezember 1967 für die Brautleute und jungen Eheleute eine große Härte ist, die öffentliche Mittel für den Bau eines Eigenheimes beantragen oder eine öffentlich geförderte Wohnung beziehen wollen?

17. Abgeordneter **Dr. Hammans**

Würde eine Änderung des in Frage 16 erwähnten § 25 etwa dahin gehend — junge Eheleute (Verlobte sind diesen gleichgestellt), die nicht länger als fünf Jahre verheiratet sind, die Einkommensgrenze für den Ehegatten bzw. Verlobten auf 9000 DM zu belassen — nicht eine praktikable Lösung dieses Problems sein?

18. Abgeordneter **Geisenhofer**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die Fälle mehren, in denen Bürger, die ihr mit Hilfe des staatlich geförderten Bau- und Prämiensparens bzw. des 312-DM-Gesetzes gebildetes Kapital beim Erwerb von Eigentumswohnungen oder Kaufeigenheimen verlieren, weil Verkäufer in Vergleich oder Konkurs gehen und das erworbene Eigentum zum Zeitpunkt des Konkurses, trotz vorangegangener Barzahlungen im Grundbuch noch nicht auf den neuen Besitzer umgeschrieben wurde?

19. Abgeordneter **Geisenhofer**

Was gedenkt die Bundesregierung zum Schutz dieser in Frage 18 erwähnten eigentumswilligen Bürger zu tun, die durch solche Vorfälle ihrer in einem ganzen Arbeitsleben mühevoll ersparten Beträge verlustig gehen und dadurch das Vertrauen an die Rechtsstaatlichkeit vollkommen verlieren?

20. Abgeordneter **Geldner**

Wie beurteilt die Bundesregierung aus wohnungsbau- und gesellschaftspolitischer Sicht die im Familienbericht genannte Tatsache, daß von den Ehepaaren mit drei und mehr bei ihnen lebenden Kindern 1965 jedes fünfte nur höchstens drei Wohnräume einschließlich Küche zur Verfügung hatte?

21. Abgeordneter **Geldner**

In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung mit ihren Mitteln mit dafür zu sorgen, daß in absehbarer Zeit auch die 74 Prozent Familien mit drei Kindern in Münster und Osnabrück und die 83 Prozent in Hagen, die über ungenügend Wohnraum verfügen, in absehbarer Zeit ausreichend große und finanziell tragbare Wohnungen angeboten bekommen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

22. Abgeordneter **Hilbert**

Wieviel Atomkraftwerke sind auf der deutschen Rheinseite von Waldshut bis Basel geplant?

23. Abgeordneter **Hilbert**

Liegen schon Termine fest, wann mit dem Baubeginn dieser in Frage 22 erwähnten Atomkraftwerke zu rechnen ist?

24. Abgeordneter **Hilbert**

Welche Standorte sind auf deutscher Seite des Hochrheins für Atomkraftwerke in Aussicht genommen?

25. Abgeordneter **Dr. Kempfler**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß über die Gültigkeit des Gesetzes über die Führung akademischer Grade vom 7. Juni 1939 widersprechende Entscheidungen höchster Gerichte vorliegen?

26. Abgeordneter **Dr. Kempfler**

Was denkt die Bundesregierung zur Beseitigung der dadurch hervorgerufenen Rechtsunsicherheit zu tun?

27. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Weshalb hat die Bundesregierung bei den deutsch-französischen Gesprächen Mitte Februar in Paris entgegen anderslautenden Meldungen der britischen Presse keine Verhandlungen über eine eventuelle Zusammenarbeit bei der Produktion angereicherten Urans als Brennstoff für Reaktoren geführt?

28. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Welche Gemeinsamkeiten haben die Bundesregierung und die französische Regierung in Bezug auf die „Schaffung eines ausgewogenen Weltraumprogramms für Europa" und die übereinstimmende Haltung beider Länder bei den Verhandlungen über eine internationale Organisation für Weltraumfernmeldeverbindungen festgestellt?

29. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Welche konkreten Ergebnisse hatte die im Bulletin vom 21. Februar 1968 Seite 184 erwähnte „eingehende Untersuchung des gegenwärtigen Standes der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie" außer der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Aufstellung des dort bezeichneten Programms?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

30. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

In wessen Auftrag handelten Staatssekretär Diehl und der stellvertretende Regierungssprecher Ahlers, als sie bei der Intendanz des Westdeutschen Rundfunks und dem Leiter der Sendereihe „Der internationale Frühschoppen" eine thematische Begrenzung und eine personelle Umbesetzung der Diskussionsrunde am 3. März 1968 zu erreichen versuchten?

31. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Hält die Bundesregierung ein solches in Frage 30 erwähntes Vorgehen ihrer beiden Sprecher Diehl und Ahlers mit der publizistischen Meinungsfreiheit einer unabhängigen Rundfunk- und Fernsehanstalt für vereinbar?

32. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Ist die Bundesregierung bereit, sich nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung dafür einzusetzen, daß bei der Aufnahme von bedeutsamen Fernsehansprachen des Bundespräsidenten bereits eingeladene Pressefotografen nicht — wie am 1. März 1968 — wieder ausgeladen werden und als einziger Vertreter der Vertragsfotograf einer Rundfunkanstalt die Möglichkeit zur Lieferung honorarpflichtiger Pressefotos bekommt?

33. Abgeordneter **Stiller**

Billigt die Bundesregierung, daß der Westdeutsche Rundfunk dem „Stern"-Redakteur Nannen Gelegenheit gegeben hat, seine Angriffe gegen den Bundespräsidenten fortzusetzen, obwohl der Bundespräsident als auch Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien mit ihren Stellungnahmen die Haltlosigkeit der Behauptungen Nannens und des Zonenregimes darlegten?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

34. Abgeordneter **Dr. Martin**

Ist die Bundesregierung darüber unterrichtet, daß die finnische Regierung Erwägungen darüber anstellt, die Stellung des Deutschunterrichts in den finnischen Schulen zu verändern?

35. Abgeordneter **Dr. Martin**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Stand des Deutschunterrichts in Finnland zu erhalten?

36. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Aus welchen Gründen werden vom DAAD bei der Bewerbung für Lektorenstellen in überseeische Länder in erster Linie verheiratete männliche Bewerber berücksichtigt?

37. Abgeordneter **Ertl**	Warum sendet die Bundesregierung keine „Freundschaftsdelegation" nach Ägypten?
38. Abgeordneter **Tallert**	Hat die Bundesregierung untersucht, wer die Redaktion der Zeitschrift „Echo der Zeit" über einen Bericht des deutschen Botschafters in den USA, Knappstein, an das Auswärtige Amt informiert hat?
39. Abgeordneter **Tallert**	Ist die Weitergabe von verschlüsselten Berichten eines Botschafters an die Presse eine strafbare Handlung?
40. Abgeordneter **Tallert**	Ist die Staatsanwaltschaft wegen der in Frage 38 erwähnten Information in eine Untersuchung eingeschaltet worden?
41. Abgeordneter **Dorn**	Trifft der Vorwurf zu, den der offizielle Beobachter des Auswärtigen Amtes bei dem Prozeß gegen die aus der Bundesrepublik Deutschland verschleppten Koreaner in Seoul, der Bonner Professor Gerald Grünwald, gegen die Bundesregierung erhoben hat, sie habe sich nicht genügend für die Revidierung der Urteile und die Rückkehr der Betroffenen eingesetzt?
42. Abgeordneter **Dorn**	Wenn die Bundesregierung diesen in Frage 41 erwähnten Vorwurf für unzutreffend hält: Was hat sie konkret getan, um die Revidierung der Urteile und die Rückkehr der Südkoreaner zu erreichen?
43. Abgeordneter **Fritz (Wiesbaden)**	Inwieweit konnten die diplomatischen Beziehungen zu Südkorea zu Gunsten der zehn in Deutschland wohnhaften und aus Deutschland entführten Südkoreaner genutzt werden?
44. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**	Was müssen — nach Ansicht der Bundesregierung — Großbritannien und die übrigen beitrittswilligen Länder tun, um „tatsächlich in der Lage zu sein", in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aufgenommen werden zu können?
45. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**	Gibt es eine gemeinsame Auffassung der deutschen und der französischen Regierung über die Bedingungen, die insbesondere Großbritannien erfüllen muß, um in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aufgenommen werden zu können?
46. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**	Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung vorgesehen, um die deutsche Sprache endlich zu einer gleichberechtigten Sprache im Europarat zu machen?

47. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um im Zuge ihrer auf eine Erweiterung der Gemeinschaften und deren Aufgaben gerichteten Politik den Rat für kulturelle Zusammenarbeit im Europarat zu einer kompetenteren Institution auszugestalten?

48. Abgeordneter **Wagner**

Ist der Bundesregierung bekannt, ob der Strafverfahrensrechtler Professor Grünwald identisch mit dem Verfasser eines Artikels in der Juristenzeitung 1966 Nr. 19, Seite 633, ist, der sich mit der rechtlichen Problematik der Morde an der Berliner Mauer befaßt?

49. Abgeordneter **Wagner**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß ein Rechtslehrer, der die Auffassung vertritt, Erschießungen von Deutschen an der Zonengrenze oder an der Mauer in Berlin bei dem Versuch, das Gebiet der Bundesrepublik zu erreichen, seien rechtmäßig, für die Beobachtung und Wertung von Staatsschutzprozessen in der Republik Korea geeignet ist?

50. Abgeordneter **Ollesch**

Teilt die Bundesregierung die in Regierungskreisen geäußerte Auffassung, der vorliegende Entwurf eines Atomsperrvertrages gebe „hinsichtlich unserer nationalen und europäischen Sicherheitsinteressen zu Besorgnissen Anlaß" und lasse „gefährliche Auswirkungen im Bereich der deutschen und europäischen Energiepolitik befürchten"?

51. Abgeordneter **Ollesch**

Falls Frage 50 bejaht wird, welche Gründe rechtfertigen ein derartiges Urteil?

52. Abgeordneter **Saam**

Welche von den Europäischen Gemeinschaften eingeleiteten Arbeiten auf technologischem Gebiet sind geeignet, namentlich Großbritannien an ihrer Durchführung zu beteiligen?

53. Abgeordneter **Saam**

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Art der Beteiligung Großbritanniens an den in der Frage 52 bezeichneten Vorhaben?

54. Abgeordneter **Saam**

In welchen Punkten decken sich die Vorstellungen der Bundesregierung mit denen der französischen Regierung?

55. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Sieht die Bundesregierung angesichts des im vergangenen Jahr von der französischen Regierung gemachten Vorbehalts über das eigene Definitionsrecht eines Angriffs und der inzwischen verfügten Änderung der französischen Verteidigungskonzeption eine Beeinträchtigung der im Brüsseler Vertrag enthaltenen automatischen Beistandsverpflichtungen?

56. Abgeordneter **Strohmayr**

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen die jüngste Asienreise des bayerischen Ministerpräsidenten (mit Begleitung) und zweier bayerischer Staatsminister im Auftrag und auf Kosten der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

57. Abgeordneter **Gerlach**

Welche Entscheidung hat die Bundesregierung auf den Brief des DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg betr. die Rechte des Personals der Europäischen Gemeinschaften getroffen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

58. Abgeordneter **Prinz von Bayern**

Ich frage die Bundesregierung, ob sie bereit ist, statt der in Aussicht gestellten Umwandlung des 17. Juni von einem Feiertag in einen nationalen Gedenktag, den 17. Juni als einen jährlichen Wahlfeiertag festzulegen, an dem sämtliche in Bund, Land und Kommunen fälligen Wahlen einheitlich abzuhalten wären?

59. Abgeordneter **Dorn**

Gilt die von der Bundesregierung für erforderlich gehaltene Lohn- und Gehaltserhöhung um 4 bis 5% auch für den öffentlichen Dienst?

60. Abgeordneter **Freiherr von Gemmingen**

Treffen Gerüchte zu, daß ein Teil der im Rahmen der humanitären Hilfe für Vietnam zur Verfügung gestellten Medikamentenspende, vor allem Blutplasma, unbrauchbar geworden ist?

61. Abgeordneter **Busse (Herford)**

Ist es richtig, daß das Bundesinnenministerium das Verhalten des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Weyer, die Pressekonferenz des Initiativausschusses für die Wiederzulassung der KPD in Bonn nicht zu verbieten, mißbilligt und zum Anlaß für eine fernschriftliche Aufforderung an alle Landesinnenminister zu verschärftem und energischem einheitlichen Vorgehen gegen derartige Veranstaltungen genommen hat?

62. Abgeordneter **Busse (Herford)**

Trifft es zu, daß der Bundesjustizminister im Gegensatz zum Bundesinnenministerium die rechtlichen Bedenken des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Weyer, gegen ein Verbot derartiger Veranstaltungen teilt?

63. Abgeordneter **Busse (Herford)**

Auf welche Rechtsgrundlagen stützt der Bundesinnenminister seine Maßnahmen, mit denen er eine Einflußnahme auf die Landesinnenminister beabsichtigt?

64. Abgeordnete **Frau Funcke**

Ist die Bundesregierung bereit, Kindergärten für die Kinder der Bediensteten in den Bundesministerien, in den Bundesbehörden und im Bundestag einzurichten?

65. Abgeordneter **Josten**

Hält die Bundesregierung angesichts der starken Besucherzahl aus dem Ausland und insbesondere auch aus finanziellen Gründen es für zweckmäßig, daß in der Bundesrepublik Deutschland in allen Ländern einheitliche Polizeiuniformen eingeführt werden?

66. Abgeordneter **Josten**

Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit von seiten der Innenminister der Länder eine Vereinheitlichung der Uniformen der Polizei angestrebt wird?

67. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg**

Wird die Bundesregierung — ideell und materiell — das Projekt unterstützen, in München ein Museum für moderne Kunst zu schaffen, das von einer zunächst privaten Stiftung getragen werden soll und für das bereits Beratungen mit Staat und Stadt gepflogen wurden, zumal dadurch Anregungen verwirklicht würden, wie sie Bundesminister Strauß im Plenum des Bundestages vorgetragen hat, die Olympischen Spiele durch die Darbietung zeitgenössischer Kunst zu bereichern?

68. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg**

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, am Sitz der Bundesorgane in Bonn ein Haus für die Kunst unserer Zeit zu errichten, das bei einem minimalen Einsatz öffentlicher Mittel — ebenfalls von einer Stiftung getragen — unserem Volk und allen Gästen auch die völkerverbindende Kraft der Kunst beweisen kann?

69. Abgeordneter **Opitz**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß angesichts der zum Teil auch durch steuerliche Veränderungen bewirkten Preiserhöhungen eine Erhöhung der zuletzt 1965 erhöhten Reisekostenpauschbeträge für Verpflegungsmehraufwendungen notwendig ist?

70. Abgeordneter **Dröscher**

Wird die Bundesregierung jetzt, nachdem diplomatische Beziehungen mit Jugoslawien wieder aufgenommen sind, bereit sein, Angehörigen des öffentlichen Dienstes einschließlich der Bundeswehr Urlaubsreisen in dieses Land grundsätzlich zu genehmigen?

71. Abgeordneter **Dr. Miessner**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß von den bei der Deutschen Bundesbahn in den Ruhestand tretenden Lokomotiv- und Triebwagenführern etwa 80% vorzeitig wegen Dienstunfähigkeit ausscheiden müssen?

72. Abgeordneter **Dr. Miessner**

Hält es die Bundesregierung auf Grund der Tatsache der großen Zahl der wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig ausscheidenden Lokomotiv- und Triebwagenführer für notwendig, Richtlinien zu § 117 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes zu erlassen, die klarstellen, daß diesem Personenkreis eine Verbesserung der ruhegehaltsfähigen Dienstzeit zugebilligt wird?

73. Abgeordneter **Dr. Miessner**

Wann ist — gegebenenfalls — mit solchen in Frage 72 erwähnten Richtlinien zu rechnen?

74. Abgeordneter **Lemmrich**

Wie viele Studenten der Medizin aus Entwicklungsländern studieren an den Universitäten der Bundesrepublik Deutschland?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

75. Abgeordneter **Diebäcker**

Wird die durch den Bundesfinanzminister beabsichtigte ministerielle Ausnahmeregelung gem. § 100 des Branntweinmonopolgesetzes (Zulassung von niedriggrädigen Alkoholika) nicht zu ungleichen Wettbewerbsvoraussetzungen dadurch führen, weil Betriebe, deren Produkte sich nicht zu Mischungen mit Tafelwasser sondern mit anderen Stoffen eignen, bis zur gesetzlichen Regelung vom Markt ausgeschlossen sind?

76. Abgeordneter **Diebäcker**

Ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß die beabsichtigte — in Frage 75 erwähnte — Vorabregelung eines Teilgebietes durch eine Verordnung eine spätere umfassende gesetzliche Regelung präjudiziert und damit dem Gesetzgeber vorgreift?

77. Abgeordneter **Diebäcker**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedenken, die von anderen Bundesministerien ausserhalb des Bundesfinanzministeriums gegen die in Frage 75 erwähnte Verordnung vorgebracht werden?

78. Abgeordneter **Gerlach**

Haben die Vertreter des Bundesfinanzministeriums bei den Beratungen über die Reduzierung des Personalbestandes der vereinigten Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften im Auftrag des Bundesfinanzministers oder im eigenen Ermessen gehandelt?

79. Abgeordneter **Gerlach**

Welche Weisungen hat die Bundesregierung dem deutschen ständigen Vertreter im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften für die Beschlußfassung über die Personaleinsparungen bei den fusionierten Europaexekutiven erteilt?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt. (zu 78 und 79)

80. Abgeordneter **Mertes**

Wann gedenkt die Bundesregierung den in § 12 Abs. 4 des Stabilitätsgesetzes geforderten Zeitplan für eine frühere Beendigung oder einen stufenweisen Abbau der Subventionen des Bundes vorzulegen?

81. Abgeordneter **Mertes**

Glaubt die Bundesregierung, daß sie mit der Vorlage des Berichts über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuerbegünstigungen (Drucksache V/2423) überhaupt den Erfordernissen des § 12 des Stabilitätsgesetzes gerecht geworden ist?

82. Abgeordneter **Mertes**

Was hat die Bundesregierung bewogen, entgegen den Empfehlungen im Schriftlichen Bericht (zu Drucksache V/1678, S. 7) den sozialen Bereich im Bericht über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuerbegünstigungen nicht zu behandeln?

83. Abgeordneter **Dr. Koch**

Was gedenkt die Bundesregierung — angesichts des Tätigkeitsberichts des Bundesfinanzhofs, daß im Jahre 1967 die Rückstände des Bundesfinanzhofs 4000 anhängige Fälle betragen, was einem Arbeitsvolumen von zwei Jahren entspricht — zu tun, um diese übermäßig langsame Abwicklung der anhängigen Rechtsbehelfe zu beschleunigen?

84. Abgeordneter **Moersch**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Umstellungszeit von der Verabschiedung des Mehrwertsteuergesetzes bis zu seinem Inkrafttreten ausreichte?

85. Abgeordneter **Moersch**

Glaubt die Bundesregierung, daß der Wirtschaft alle notwendigen Unterlagen für die Umstellung auf das Mehrwertsteuersystem so rechtzeitig vorgelegt wurden, daß die Betroffenen genügend Zeit hatten, sich darauf einzustellen?

86. Abgeordneter **Moersch**

Hält es die Bundesregierung für angemessen, daß den Betroffenen die — bisher unbekannten — Formulare und Erläuterungen zur Umsatzsteuervoranmeldung teilweise erst wenige Tage vor Anmeldefrist zugehen?

87. Abgeordneter **Ertl**

Was versteht der Bundesfinanzminister unter „maßvoller Erhöhung der Grundsteuer im Zuge der Finanzreform", wie sie von ihm in einem Fernsehinterview angekündigt wurde?

88. Abgeordneter **Ertl**

Glaubt die Bundesregierung, über die aus der Neufestsetzung der Einheitswerte zu erwartende Erhöhung der Grundsteuer um 20% hinaus auch noch eine weitere Anhebung derselben verantworten zu können?

89. Abgeordneter **Opitz**	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Amnestie für Steuersünder in der Weise, daß anstehende Nachzahlungen auf 50% vermindert werden, positive Auswirkungen auf die Steuereinnahmen hat?
90. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**	Warum verlangt die Bundesregierung vom steuerpflichtigen Winzer in der für einen längeren Zeitraum gültigen „Erklärung zur Hauptfeststellung des Einheitswertes zum 1. Januar 1964" eine Auskunft über die Verwertung der erzeugten Trauben nach Trauben- und Maischeverkauf oder Faßwein- oder Flaschenweinverkauf, wo sich doch die Art der Verwertung je nach Marktchance kurzfristig ändern kann?
91. Abgeordneter **Logemann**	Hält die Bundesregierung die Neuerrichtung und Förderung von landwirtschaftlichen Kartoffelgemeinschaftsbrennereien langfristig für ratsam?
92. Abgeordneter **Logemann**	Gestattet die Bestands- und Absatzlage der Bundesmonopolverwaltung, besonders im Hinblick auf die EWG, für einen längeren Zeitraum die Abnahme einer erhöhten Erzeugung von Weingeist aus Kartoffeln?
93. Abgeordneter **Logemann**	Können Kartoffelanbauer, die bereit sind, für Kartoffelgemeinschaftsbrennereien finanzielle Verpflichtungen zu übernehmen und langjährige Anbauverträge abzuschließen, mit einem Abnahmepreis für Weingeist rechnen, der für die Rentabilität des Anbaues von Stärkekartoffeln Voraussetzung ist?
94. Abgeordnete **Frau Funcke**	Ist die Bundesregierung bereit, eine Änderung des Mehrwertsteuergesetzes vorzuschlagen, nach der das Flaschenpfand nicht der Mehrwertsteuer unterliegt?
95. Abgeordnete **Frau Funcke**	Ist die Bundesregierung bereit, bis zu einer gesetzlichen Neuregelung auf die Erhebung von Mehrwertsteuer auf Flaschenpfand im Billigkeitsweg zu verzichten?
96. Abgeordneter **Dröscher**	Ist die Bundesregierung bereit, die Frage der Mehrwertsteuer für gebrauchte Kraftfahrzeuge erneut zu überprüfen, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Einführung dieser Steuer den Verkauf von gebrauchten Fahrzeugen in einem besonderen Maße behindert?
97. Abgeordneter **Kubitza**	Worin besteht nach Ansicht der Bundesregierung beim Verkauf eines Gebrauchtwagens der Mehrwert?
98. Abgeordneter **Kubitza**	Gedenkt die Bundesregierung eine Regelung zu treffen, wonach nur der Mehrerlös beim Verkauf eines Gebrauchtwagens besteuert wird?

99. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Welche Auswirkungen ergeben sich aus der Belastung des Gebrauchtwagenhandels mit der Mehrwertsteuer in Höhe von 10 v. H.?

100. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, den Gebrauchtwagenhandel von der Mehrwertsteuer zu befreien bzw. einen ermäßigten Satz einzuräumen?

101. Abgeordneter **Josten**

Wie war es möglich, daß von seiten der Finanzbehörde in Düsseldorf Millionenbeträge an eine Scheinfirma zur Auszahlung kamen, während sonst bei sogar kleinen Rückerstattungsbeträgen lange Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen?

102. Abgeordneter **Gottesleben**

Weiß die Bundesregierung, daß unsere karitativen Einrichtungen — hier als Beispiel die Schwestern vom hl. Carl Borromäus in Trier und St. Wendel — als Endverbraucher durch die Einführung der Mehrwertsteuer eine Mehrbelastung von rund 6 Prozent erfahren?

103. Abgeordneter **Gottesleben**

Wie gedenkt die Bundesregierung solche in Frage 102 erwähnten Belastungen bei den gemeinnützigen Anstalten zu beheben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

104. Abgeordneter **Freiherr von Gemmingen**

Auf welche Grundlagen stützen sich die Erklärungen des Bundeswirtschaftsministers bei der Welthandelskonferenz in Neu-Delhi, daß die Bundesrepublik Deutschland in den nächsten vier Jahren die Entwicklungshilfe um durchschnittlich elf Prozent steigern wird?

105. Abgeordneter **Wagner**

Hat die Bundesregierung sichergestellt, daß die von ihr finanziell geförderten Träger der Betriebsberatung im Rahmen dieser Tätigkeit in geeigneter Weise auch über das öffentliche Auftragswesen und über Funktion, Zweck und Tätigkeit der Landesauftragsstellen die beratenen mittelständischen Kreise unterrichten?

106. Abgeordneter **Schmitt (Lockweiler)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Saarland und in Lothringen immer nachdrücklicher ein gemeinsames deutsch-französisches Vorgehen zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in diesem Raum gefordert wird, weil beide Reviere nicht in der Lage sind, ihre Struktur- und Integrationsprobleme aus eigener Kraft zu lösen?

107. Abgeordneter **Schmitt (Lockweiler)**

Ist die Bundesregierung bereit, in der Erwägung, daß die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der französischen Republik wiederholt ihren Willen zur engeren Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und industriel-

len Bereich bekundet haben, in dem neugebildeten deutsch-französischen Ausschuß für wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit die Durchführung von Gemeinschaftsprojekten anzuregen?

108. Abgeordneter **Schmitt (Lockweiler)**

Wäre die Bundesregierung in diesem Falle bereit, den saarländisch-lothringischen Raum als Standort für solche Gemeinschaftsprojekte vorzuschlagen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

109. Abgeordneter **Dr. Ritz**

Treffen Informationen zu, nach denen die nordrhein-westfälische Landesregierung für die Errichtung von gewerblichen Veredlungsbetrieben (Geflügelintensivhaltung) Landesbürgschaften gewährt?

110. Abgeordneter **Dr. Ritz**

Entspricht — bei Bejahung der Frage 109 — eine Förderung gewerblicher tierischer Veredlungsbetriebe den agrarpolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung?

111. Abgeordneter **Dr. Czaja**

Ist die Bundesregierung bereit, durch ihre eigene Initiative oder Unterstützung anderer Initiativen an der Ausarbeitung von Plänen mitzuwirken, die in verstärktem aber sinnvollem Maß den Einsatz von Überschüssen an Lebensmitteln und an Ernteerträgen zum Kampf gegen den Hunger in der Welt ermöglichen und zur Überwindung der Schwierigkeiten beitragen, die dieser Absicht wegen der Aufkauf- und Transportkosten sowie der Aufbereitung solcher Überschüsse zur sinnvollen Verwendung in Hungergebieten derzeit noch gegenüberstehen?

112. Abgeordneter **Dr. Czaja**

Ist die Bundesregierung bereit, Überschüsse an Lebensmitteln und an Ernteerträgen, deren Vernichtung, Denaturierung oder Veräußerung mit erheblichen Verlusten droht, in Gebiete mit Hungersnot nach zweckmäßiger Aufbereitung in Form unmittelbarer deutscher Hilfen für die Bekämpfung des Hungers in der Welt oder im Rahmen einer internationalen Nahrungshilfe zu leiten?

113. Abgeordneter **Budde**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das aus dem Jahre 1933 stammende Gesetz über die Gebühren der Schlachtviehmärkte, Schlachthäuser und Fleischgroßmärkte (Fleischmarkthallen) den Handel mit Frischfleisch behindert und zu einer Verteuerung der Fleischpreise beiträgt?

114. Abgeordneter **Budde**

Beabsichtigt die Bundesregierung eine neue gesetzliche Regelung, die eine Subventionierung des weniger rationellen Absatzes über die Lebendviehmärkte auf Kosten der rationelleren Fleischvermarktung ausschließt, vorzubereiten?

115. Abgeordnete **Frau Blohm**

Ist die Bundesregierung ebenfalls der Auffassung, daß der derzeitige günstige Maul- und Klauenseuchenstand nur gehalten werden kann, wenn die jährliche Schutzimpfung des gesamten Rinderbestandes im Bundesgebiet planmäßig fortgesetzt wird?

116. Abgeordnete **Frau Blohm**

Ist die Bundesregierung bereit, dem dringenden Ersuchen des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes stattzugeben und beginnend vom Haushaltsjahr 1968 im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung pro Jahr 14 Millionen DM für die jährlichen Maul- und Klauenseuchevakzinationen einzuplanen?

117. Abgeordnete **Frau Blohm**

Ist die Bundesregierung bereit, wegen der überregionalen Verantwortung für eine erfolgreiche Seuchenbekämpfung mit dem in Frage 116 genannten Betrag, der einem Drittel des für die jährlichen Schutzimpfungen aufzubringenden Finanzbedarfs entspricht, sich an der Finanzierung der Kosten der jährlichen Maul- und Klauenseucheschutzimpfungen zu beteiligen?

118. Abgeordneter **Dr. Kempfler**

Wird die Bundesregierung alles in ihrer Macht stehende tun, um die Auszahlung der Entschädigungssummen für die Getreidepreissenkung möglichst bald an die Empfangsberechtigten zu bewirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

119. Abgeordneter **Maucher**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß wiederholt bei Untersuchungen durch den Ärztlichen Dienst des Arbeitsamtes festgestellt wird: „Der Betreffende steht dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung." Wenn aber dann der Antrag auf Berufsunfähigkeitsrente gestellt wird, erklären die zuständigen Stellen: „Berufsunfähigkeit liegt nach dem Arbeiterrentenversicherungsgesetz usw. nicht vor."?

120. Abgeordneter **Maucher**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesen in Frage 119 aufgezeigten, immer wiederkehrenden Widerspruch zu beseitigen?

121. Abgeordneter **Dr. Jungmann**

Hält die Bundesregierung die Besorgnis insbesondere der Ärzte und Zahnärzte, die aus der Antwort des Bundesarbeitsministers in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 6. Oktober 1967 einen Grund dafür herausgelesen haben, für berechtigt, daß die landesgesetzlichen berufständischen Versorgungswerke aufgelöst und in die soziale Rentenversicherung übergeleitet werden sollten?

122. Abgeordneter **Dr. Jungmann**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es für den weiteren Bestand der Versorgungswerke auch erforderlich ist, diesen den beruflichen Nachwuchs zu erhalten?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

123. Abgeordnete **Frau Freyh**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Handhabung der Arbeitsvermittlung in Schweden, nach der offene Stellen nicht mehr nach männlichen und weiblichen Bewerbern getrennt vermittelt werden, im Hinblick auf eine entsprechende Regelung für geeignete Berufe in der Bundesrepublik Deutschland?

124. Abgeordneter **Dröscher**

Hält es die Bundesregierung für richtig, daß — nach den derzeit geltenden Bestimmungen der Sozialversicherungsträger und der Krankenkassen — aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedene ältere Menschen nicht mehr in den Genuß von Badekuren kommen können, auch dann, wenn der an sich zugängliche Aufenthalt in Ferienheimen wegen gesundheitlicher Schwierigkeiten und der fehlenden ärztlichen Aufsicht nicht zugemutet werden kann?

125. Abgeordnete **Frau Klee**

Wird die Bundesregierung im Ministerkomitee des Europarates dafür eintreten, daß entsprechend der Empfehlung 504 der Beratenden Versammlung die Frage der Stellung der Frau in der modernen europäischen Gesellschaft im Rahmen des zwischenstaatlichen Arbeitsprogramms des Europarates einer systematischen Untersuchung unterzogen und die Öffentlichkeit von deren Ergebnissen laufend unterrichtet wird?

126. Abgeordnete **Frau Klee**

Bis wann kann mit der Vorlage des Entwurfs eines Ratifizierungsgesetzes für den Europäischen Kodex für soziale Sicherheit und das Zusatzprotokoll gerechnet werden, die nach einer Auskunft des Bundesarbeitsministeriums vom 15. Dezember 1966 für die nächsten Monate vorgesehen war?

127. Abgeordnete **Frau Klee**

Bis wann kann mit der Ratifizierung der Konventionen der Vereinten Nationen von 1953 über die politischen Rechte der Frau und von 1957 über die Nationalität der verheirateten Frau gerechnet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

128. Abgeordneter **Wendt**

Haben sich die Autorennstrecken Nürburgring und Hockenheimring strukturfördernd ausgewirkt?

129. Abgeordneter **Wendt**

Hält die Bundesregierung den Bau der Autorennstrecke Sauerlandring in Gevelinghausen bei Meschede für strukturverbessernd und förderungswürdig?

130. Abgeordneter **Dr. Althammer**

Wann kann mit einem Ausbau der neuen B 17 (a) von Augsburg bis einschließlich Königsbrunn gerechnet werden?

131. Abgeordneter **Dr. Althammer**

Welcher Zeitplan ist für den Ausbau der B 17 (a) von Königsbrunn nach Landsberg vorgesehen?

132. Abgeordneter **Dr. Althammer**

Sind die Vorbereitungen des Planfeststellungsverfahrens so weit fortgeschritten, daß hier Schwierigkeiten nicht bestehen?

133. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann**

Kann die Bundesregierung schon etwas über die Erfahrungen berichten, die die Deutsche Bundesbahn mit der Fahrpreisermäßigung für alte Menschen gemacht hat?

134. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann**

Ist die Bundesregierung bereit, der Deutschen Bundesbahn zu empfehlen, diese in Frage 133 erwähnte Aktion mit Ausnahme bestimmter Feiertagszeiten auf das ganze Jahr auszudehnen?

135. Abgeordneter **Richter**

Treffen Meldungen zu, daß nach Abschluß des Raumordnungsverfahrens für die Einmündung der Autobahnstrecke Heilbronn—Würzburg in die Autobahn Frankfurt—Nürnberg im Irtenberger Forst bei Kist, das bei der Regierung in Unterfranken durchgeführt wurde, noch einmal Beratungen aufgenommen werden sollen, die die Einmündung weiter westlich bei der jetzigen Autobahnanschlußstelle Würzburg-West in Erwägung ziehen?

136. Abgeordneter **Richter**

Ist die Bundesregierung bereit, an der bisherigen Planung festzuhalten, da neue Überlegungen einen Zeitverlust von vielen Jahren bedeuten würden, die Planungen der Autobahnämter Stuttgart und Nürnberg auf die Trassenführung mit Einmündung durch das sogenannte Malteserkreuz bei Kist festgelegt sind und eine Verzögerung des Ausbaues dieser wichtigen Nord-Süd-Verbindung im Bundesgebiet nicht zu verantworten ist?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt. (zu 135 und 136)

137. Abgeordneter **Ramms**

Hält es die Bundesregierung für richtig, bei der augenblicklichen schwierigen Tariflage der Binnenschiffahrt die Kanalabgaben auf Main, Neckar und Lahn zu erhöhen?

138. Abgeordneter **Ramms**

Hat die Bundesregierung vor, vor Inkrafttreten der geplanten neuen Bestimmungen für die Binnenschiffahrt die Kanalbenutzungsgebühren auf anderen westdeutschen Binnenwasserstraßen in gleichem Umfang zu erhöhen?

139. Abgeordneter **Ramms**

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob die vom 7. bis 9. April gelösten Fahrkarten für verbilligte Reisen für die Rentner über 65 Jahre auch in der ab 10. April angesetzten Sperrfrist Gültigkeit für die Benutzung der Deutschen Bundesbahn haben?

140. Abgeordneter **Dr. Frerichs**

Welche organisatorischen und technischen Möglichkeiten sieht der Bundesverkehrsminister, um das immer wiederkehrende menschliche Versagen bei der Schließung von Bahnschranken auszuschließen und damit endlich die notwendige Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer beim Befahren höhengleicher Bahnübergänge zu gewährleisten?

141. Abgeordneter **Dr. Frerichs**

Welche finanziellen Aufwendungen sind erforderlich, um notwendige technische Investitionen durchzuführen, damit ein selbsttätiges Schließen von Bahnschranken bei Annäherung von Zügen sichergestellt wird?

142. Abgeordneter **Dr. Frerichs**

Welche Sicherheitsmaßnahmen können in einem kurzbefristeten Zeitraum getroffen werden, um in den Städten Bonn und Bad Godesberg eine absolute Sicherheit an den vielen Bahnübergängen herzustellen?

143. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**

Aus welchen Gründen hat die Autobahnplanung „West-Umgehung Würzburg" dem Großbauvorhaben „Malteserkreuz" den Vorzug gegeben vor der bisher üblichen „Kleeblattanlage"?

144. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**

Welches ist die nach detaillierter Berechnung exakt auszuweisende Kostendifferenz zwischen den bei den in Frage 143 genannten Ausführungen?

145. Abgeordneter **Schwabe**

Sieht sich die Deutsche Bundesbahn in der Lage, dem Ansuchen von 37 Gemeinden aus drei Landkreisen wegen der Erhaltung bzw. der Ausgestaltung des Bahnhofs Mücke (Hessen) an der Strecke 193 Gießen—Fulda zu entsprechen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

146. Abgeordneter **Flämig**

Ist in absehbarer Zeit damit zu rechnen, daß die Gleiskörper der Bundesbahnhauptstrecke Frankfurt—Würzburg unmittelbar nach der Ausfahrt aus dem Hauptbahnhof Hanau in der Gemarkung der Stadt Großauheim so verlegt werden, daß die Zerschneidung der Stadt durch die Bahnstrecke beendet wird?

147. Abgeordneter **Flämig**	Besteht technisch die Möglichkeit, die Bundesbahnhauptstrecke zwischen Hanau und Aschaffenburg in der Gemarkung Großauheim auf den Gleiskörper der Bundesbahnumgehungsstrecke Aschaffenburg—Friedberg zu verlegen, die über den Exerzierplatz Großauheim führt?	
148. Abgeordneter **Haehser**	Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß für Triebfahrzeuge im Schienenverkehr Kennzeichnungsleuchten genügen?	
149. Abgeordneter **Haehser**	Kann die Bundesregierung sich der Auffassung anschließen, daß beim Befahren von Waldstrecken und sonstigen einsamen Strecken und auch bei schlechter Sicht Suchscheinwerfer an Triebfahrzeugen die Sicherheit des Schienenverkehrs weiter erhöhen könnten?	
150. Abgeordneter **Dr. Dittrich**	Wird die im Zuge des Ausbaus der B 16 in Regensburg vorgesehene Westumgehung unmittelbar am Krankenhaus der Barmherzigen Brüder vorbeigeführt?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.* (150–152)
151. Abgeordneter **Dr. Dittrich**	Welche Maßnahmen werden im bejahenden Falle getroffen, um das Krankenhaus vor unzumutbarer Lärm- und Abgaseinwirkung zu schützen?	
152. Abgeordneter **Dr. Dittrich**	Muß mit Schadensausgleichsansprüchen des Krankenhauses gerechnet werden?	
153. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Sind der Bundesregierung die Überlegungen bekannt, wonach einer der ältesten und repräsentativsten Bahnhöfe der Bundesrepublik Deutschland, der Bahnhof Rolandseck, der ein eisenbahngeschichtliches und kunstgeschichtliches Bauwerk von Rang ist, abgerissen werden soll, um modernen Wohnhochhäusern Platz zu machen?	
154. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den letzten Jahren sich der Bahnhof Rolandseck zu einem Zentrum kultureller und künstlerischer Bemühungen entwickelt hat?	
155. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Hat die Bundesregierung geprüft, ob das in Frage 153 erwähnte Bauwerk nicht sinnvollerweise u. a. vom Bund für repräsentative Veranstaltungen genutzt werden könnte?	
156. Abgeordneter **Fellermaier**	Wird das Urteil des bayerischen Verwaltungsgerichtshofes 313/VIII/66, in dem die Verwendung typengeprüfter gelber Scheinwerferbirnen für zulässig erklärt worden ist, zu einer Änderung der entsprechenden Bestimmungen im Straßenverkehrsrecht durch die Bundesregierung führen?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

157. Abgeordneter **Richter**

Wie sieht die Planung der Zubringer bei Bad Rappenau zur Autobahn Weinsberg—Walldorf aus?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

158. Abgeordneter **Gscheidle**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch den Neubau der Limesspange im Zuge der Bundesstraße 8 an den neu entstandenen Kreuzungen mit der Landstraße 3015 in Bad Schwalbach (Taunus) und der Kreisstraße 802 in Sulzbach (Taunus) seit ihrer Fertigstellung eine erhebliche Zahl von zum Teil schweren Verkehrsunfällen registriert wurde?

159. Abgeordneter **Gscheidle**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Verkehrsgefährdung an den in Frage 158 bezeichneten Kreuzungen zu mindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

160. Abgeordneter **Meister**

Welche positiv oder negativ zu bewertenden Erfahrungen liegen bei der Deutschen Bundespost über die seit einigen Jahren in Betrieb befindlichen automatischen Briefverteilungsanlagen vor?

161. Abgeordneter **Meister**

Wie wirkt sich die Personalersparnis bei den in Frage 160 erwähnten Anlagen aus?

162. Abgeordneter **Meister**

Werden Möglichkeiten für eine sinnvolle Weiterentwicklung gesehen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

163. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**

Trifft die am 2. Februar 1968 in der Presse unter der Überschrift „Bundespost als Patronatsherr" erschienene Meldung zu, es „gebe in Oberfranken ferner Fälle, in denen . . . das Bundespostministerium Patronatsrechte über evangelische Kirchen ausübe, da diese Institutionen Besitzungen erwarben, auf denen das Patronatsrecht verbrieft ist"?

164. Abgeordneter **Geldner**

Wie erklärt es sich, daß trotz ständiger Rationalisierung und Mechanisierung bei der Deutschen Bundespost im Jahresdurchschnitt 1967 rund 0,7 Prozent mehr Arbeitskräfte als 1966 eingesetzt wurden, obwohl speziell im personalintensiven Postdienst in allen Punkten ein Rückgang der Inanspruchnahme der Leistungen zu verzeichnen war?

165. Abgeordneter **Gottesleben**

Trifft es zu, daß die Postboten auf der Fahrt vom Wohnort zum Arbeitsplatz und zurück bei Benutzung von posteigenen Bussen selbst zahlen müssen?

Bonn, den 6. März 1968